



DR. KURT WALDHEIM

Generalsekretär der Vereinten Nationen

»Der Nord-Süd-Dialog und seine weltpolitische Bedeutung«

29. MÄRZ 1979



Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß es im Zusammenhang mit meinem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland möglich war, die schon seit einigen Jahren vorliegende Einladung des Übersee-Clubs anzunehmen und heute zu Ihnen zu sprechen. Ich möchte Herrn Professor Stödter sehr herzlich für die Geduld und Liebenswürdigkeit danken, mit der er diese Einladung verfolgt hat, da es mir trotz ihrer wiederholten Erneuerung wegen meiner Arbeitsüberlastung bisher nicht möglich war, nach Hamburg zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Ereignisse der letzten Monate geben dem Beobachter der internationalen Szene viel Grund zur Besorgnis. Wir stehen vielen Problemen und offenen Konflikten gegenüber, deren Lösung sich nicht absehen läßt. Die regionalen Konflikte in den verschiedenen Teilen der Welt bestehen weiter – im Mittleren Osten, im südlichen Afrika und in Zypern. Neue Spannungen und Konflikte sind in Indochina entstanden und das Problem des Nord-Süd-Dialoges ist weiterhin offen. Ganz allgemein müssen wir einen zunehmenden Nationalismus feststellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir gehofft, daß die Regierungen die Vereinten Nationen aber auch die regionalen Organisationen dazu benützen würden, um ihre Beziehungen auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu regeln. In vielen Fällen müssen wir jedoch beobachten, wie die Staaten versuchen, ihre Probleme auf eigene Faust zu lösen und dabei nicht zurückschrecken, auch militärische Mittel einzusetzen. Es fehlt der politische Wille, das internationale Instrumentarium entsprechend einzusetzen.

Die Großmächte sind weitgehend Gefangene ihres gegenseitigen Mißtrauens und der Zerstörungskapazität ihrer Waffensysteme. Die Zeiten der Kolonialherrschaft sind vorüber. Der Mehrheit der mittleren und kleineren Staaten ist es jedoch bisher nicht möglich gewesen, sich als stabilisierendes Element im Weltgeschehen zu etablieren. Akute Entwicklungsprobleme, innere Unruhen und wirtschaftlicher Rückstand sind in vielen Fällen die Ursache.

All dies muß in uns ernste Besorgnis hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Welt erwecken. Ich kann mich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Entwicklungen in der Öffentlichkeit nicht immer voll verstanden werden und man gerade in der Konsumgesellschaft mit Absicht versucht, die Augen vor den ernsten Vorgängen in der Welt zu verschließen. Niemand kann es sich aber in unserer immer kleiner werdenden Welt leisten, auf einer Insel der Seligen zu leben. Regionale Konflikte, Kriege in entfernten Erdteilen, soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen haben zwangsläufig ihre Folgen für die Gesamtheit der menschlichen Gemeinschaft.

Die Aufrechterhaltung von Frieden und internationaler Sicherheit verlangt nach immer neuen Anstrengungen. Ein Resultat solcher Bemühungen auf globaler Ebene war die Schaffung der Vereinten Nationen, die unter dem Eindruck der Grauen des Zweiten Weltkrieges erfolgte. Neben ihrer unmittelbaren Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, hat die Organisation eine weitere Hauptaufgabe, die darin besteht, die Weiterentwicklung der bestehenden Weltordnung auf friedlichem Wege zu fördern. Diese Rolle hat sich in der Vergangenheit insbesondere auf dem Gebiet der Entkolonialisierung manifestiert und in den schwierigen Zeiten während des Überganges der Regierungsgewalt von den Kolonialmächten an die neuen Staaten bewährt. Ohne die Mitwirkung der UNO hätte sich dieser Prozeß viel blutiger abgespielt und sowohl den früheren Kolonialmächten als auch den neu entstandenen Staaten bedeutend größere Opfer auferlegt.

Meine Damen und Herren, heute sehen wir uns einer Situation gegenüber, in der dem Prozeß der politischen Entkolonialisierung jener der wirtschaftlichen Folgen muß. Nur auf dieser Grundlage ist eine fruchtbare Zusammenarbeit und Gleichberechtigung zwischen armen und reichen Nationen möglich.

In einer Welt, die dank umfassender Kommunikationsmöglichkeiten täglich kleiner wird, sehen alle Völker nur zu deutlich, was um sie herum vorgeht. Die breite Kluft im Lebensstandard und im Entwicklungsprozeß zwischen den verschiedenen Teilen der Welt führt zwangsläufig zu Spannungen und Unruhen. Keynes hat dies einmal etwas drastischer so ausgedrückt: „Es gibt keine Garantie, daß die Hungernden der Welt weiterhin in Ruhe sterben werden.“ Auf lange Sicht kann der Weltfriede nur auf einem Fundament der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit für alle bestehen.

800 Millionen Menschen leben heute in größter Armut und die zwei Milliarden, um die sich die Weltbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts vermehren wird, werden vorwiegend in den Entwicklungsländern leben. Die wirtschaftliche Entwicklung dieses Teiles der Welt ist schon aus diesem Grunde eine Herausforderung an die gesamte Menschheit. Die Unterentwicklung, oft Ursache von Elend und Not, ist eines der Grundprobleme unserer Epoche. Es ist unentschuldbar, daß in einer Zeit der großen Fortschritte in Wissenschaft und Technik, in einer Zeit des Überflusses, wie wir ihn in den meisten Industrieländern antreffen, über ein Viertel der Weltbevölkerung an Unterernährung leidet und daß der Hunger in weiten Gebieten unserer Welt eine alltägliche Erscheinung ist.

70 Prozent der Weltbevölkerung, die einen Großteil der Rohstoffe produzieren, müssen sich mit 30 Prozent des verfügbaren Sozialprodukts begnügen. Eine beträchtliche Anzahl der ärmeren Länder lebt an der Grenze der Hungersnot mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung von etwa 400 DM pro Jahr. Diese Situation ist umso bedenklicher, als Gefahr besteht, daß sich die Kluft zwischen zahlreichen Entwicklungsländern und den Industriestaaten in den kommenden Jahren noch erweitern wird.

Der Anteil am Nationaleinkommen der reichen Länder, den diese für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, wird immer kleiner. Dabei hat sich die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer in den letzten zehn Jahren vervierfacht und erreicht

heute die Höhe von 250 Milliarden Dollar. Die von der Generalversammlung im Jahre 1970 angenommene Entwicklungsstrategie enthält als Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe der Industriestaaten einen Anteil von 0,7 Prozent ihres National-einkommens. Dieser Anteil wurde jedoch nur in wenigen Fällen erreicht und die Auslandshilfe, vor allem der größeren Industriestaaten, blieb weit hinter dem Ziel zurück.

Es ist bezeichnend, daß heute jährlich 400 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben werden, während die Gesamtausgaben für Entwicklungshilfeprojekte lediglich 19 Milliarden Dollar betragen. Wir stimmen sicher alle darin überein, daß jedes Land selbst die oberste Verantwortung für seine Entwicklungspläne und seine Prioritäten auf diesem Gebiet hat. Die Verfügbarkeit von Hilfe aus dem Ausland, die Trends und die strukturellen Veränderungen in der internationalen Wirtschaft, werden für den Erfolg oder Nickerfolg dieser nationalen Bemühungen jedoch von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Während der Sechziger Jahre erwartete man sich günstige Auswirkungen des verstärkten Wirtschaftswachstums der Industriestaaten auf die Entwicklungsländer, und zwar durch eine Intensivierung des Handelsverkehrs und eine größere Bereitschaft zur Gewährung von Entwicklungshilfe. In Wirklichkeit wurden jedoch keine wesentlichen Fortschritte erzielt.

Seither hat sich die internationale Wirtschaftslage bedeutend verschlechtert. Inflation, Währungsschwankungen und geringe Wachstumsraten in den Industriestaaten haben nicht nur für diese selbst Probleme geschaffen, sondern in unmittelbarer Folge nun für die Entwicklungsländer. Der Außenhandel und die Entwicklungspläne ihrer weitgehend abhängigen Volkswirtschaften entbehren der nötigen Flexibilität und unterliegen in hohem Maße nachteiligen Einflüssen von außen. Die Entwicklungsländer sind davon überzeugt, daß das gegenwärtige System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ihnen gegenüber unfair ist und ihren Bedürfnissen nicht in ausreichender Weise Rechnung trägt. Sie verlangen daher Veränderungen in den Strukturen und Mechanismen der internationalen Wirtschaft, um diese wirksamer und gerechter zu gestalten und ihnen eine echte Teilnahme am Entscheidungsprozeß zu ermöglichen. Es wäre falsch, diese Forderungen als vorübergehende Erscheinung anzusehen. Es besteht kein Zweifel daran, daß sie auf lange Sicht Teil der internationalen Politik sein werden. In diesen Fragen bilden die Länder der Dritten Welt eine gemeinsame Front, die im wesentlichen so lange bestehen bleiben wird, als ihre gemeinsame Verletzlichkeit und Abhängigkeit fortduert.

Die Dritte Welt hat heute das Gefühl, daß die Industriestaaten die Verpflichtungen, die sie bei der Siebenten Sondertagung der Generalversammlung im Jahre 1975 und bei der im Juni 1977 zu Ende gegangenen Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit eingegangen sind, nicht erfüllt haben. Dies hat vielfach zu Mißstimmung und Frustration geführt, und viele bezweifeln nunmehr öffentlich, daß die entwickelten Staaten bereit sind, die gewünschten Veränderungen und Reformen der internationalen Wirtschaftsordnung zu akzeptieren. Solche Veränderungen, so meinen sie, könnten nur unter entsprechendem Druck seitens der Entwicklungsländer erfolgen. Ich halte es daher für überaus wichtig, diese Auffassung zu widerlegen und konstruktive Maßnahmen zur Schaffung einer weitreichenden und andauernden Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu ergreifen.

In diesem Zusammenhang ist die Frage eines gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise von größter Bedeutung. Dieser Fonds, dessen Schaffung von den Entwicklungsländern bereits seit Jahren gefordert wird, soll vor allem den auf den Export von Rohstoffen angewiesenen Ländern der Dritten Welt ein angemessenes und stabiles Einkommen sichern. Es freut mich, daß nach langwierigen Verhandlungen vor wenigen Tagen in Genf eine Einigung über die wesentlichen Grundzüge des Fonds erzielt wurde und ich hoffe, daß noch vor Ablauf dieses Jahres ein formeller Beschuß über die Errichtung des Fonds gefaßt werden kann. Ein günstiges Klima der Zusammenarbeit wäre für die europäischen Länder von besonderer Bedeutung, da sie nicht nur in hohem Maße von ihrem Außenhandel sondern auch von der Versorgung mit den meisten Rohstoffen abhängig sind. Ein gutes Nord-Süd-Verhältnis bietet die beste Chance zur Sicherung rasch wachsender offener Weltmärkte, die die Länder Europas zur Aufrechterhaltung ihres eigenen Wohlstandes brauchen.

Dies bringt mich zu einem wesentlichen Punkt. Der Nord-Süd-Dialog ist natürlich in erster Linie ein Anliegen der Entwicklungsländer. Aber er ist auch in hohem Maße im wirtschaftlichen Interesse der Industriestaaten. Bereits heute sind die Entwicklungsländer wichtige Partner in der Weltwirtschaft und sie sind die Abnehmer eines beträchtlichen Teiles der Exporte aus den Industriestaaten. Seit 1973 konnten die erdölproduzierenden Staaten ihre Importe rapide steigern und dadurch die deflationären Auswirkungen ihrer großen Zahlungsbilanzüberschüsse verringern. Aber auch die anderen Entwicklungsländer leisteten durch die Erhöhung ihrer Importe einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Nachfrage an Fertigwaren. Viele sind jedoch an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt. Einer immer größer werdenden Auslandsverschuldung steht ein ständiger Rückgang der Wachstumsraten gegenüber.

Die anhaltende Verschlechterung der Austauschrelationen im Handel (Terms of Trade) der Entwicklungsländer, der Mangel an entsprechenden Möglichkeiten zur Finanzierung ihrer Defizite sowie eine Verringerung ihrer Exportmöglichkeiten, hervorgerufen durch das Nachlassen des internationalen Wirtschaftswachstums und dem verstärkten Protektionismus der Industriestaaten sind die Gründe für diese Entwicklung. Hier müssen wir allerdings einen Unterschied zwischen jenen Ländern machen, deren wirtschaftliches Potential es ermöglicht, auf dem privaten Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen und den ärmeren Ländern, die in ihrem Kampf gegen Armut und Hunger auf direkte Entwicklungshilfe angewiesen sind. Die erste Gruppe von Ländern wird zwar auch gewisse Hilfemaßnahmen in Anspruch nehmen, es sollte ihr jedoch gelingen, sich dank der Investitionen und Anleihen von außen weiterzuentwickeln, das Volumen ihrer Exporte in den Weltmarkt zu verbessern und so in der Lage sein, mit ihrer Verschuldung fertig zu werden. Die andere Gruppe jedoch bedarf massiver Hilfe von Seiten der Industriestaaten, um ihre Infrastrukturen zu entwickeln, die Nahrungsmittelproduktion entsprechend ihrer anwachsenden Bevölkerung zu erhöhen und ihre Wirtschaft allmählich zu industrialisieren und zu diversifizieren. Die Folge dieser Veränderungen in den beiden Gruppen sollte ein entsprechendes Wachstum aller Volkswirtschaften und damit nicht zuletzt auch eine Erweiterung der Exportmärkte der Industriestaaten sein.

Um dies zu erreichen, werden jedoch auch gewisse Veränderungen in den entwickelten Ländern erforderlich sein. Sie sollten sich an ihre eigene Erfahrung während der vergangenen dreißig Jahre erinnern. Mit Hilfe offener Märkte, starker Investitionstätigkeit und ständiger Anpassung der Industrie an neue technische Möglichkeiten könnte eine beeindruckende Wachstumsrate erzielt und damit für eine große Bevölkerung Wohlstand geschaffen werden. Die Industriestaaten sehen sich heute der Frage gegenüber, auf welche Weise ein weltweiter Wachstumsprozeß unterstützt und ermutigt werden kann. Sie können hierzu viel beitragen, indem sie selbst ein gleichmäßiges und nicht inflationäres Wachstum erzielen, welches die erforderlichen Anpassungen erleichtert. Das Inkrafttreten des europäischen Währungssystems sollte diesen Prozeß fördern.

Eine verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik der Industriestaaten, insbesondere jener mit einem starken Außenhandelsüberschuß, wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Von großer Bedeutung ist auch, daß diese Staaten ihrer Verpflichtung zur Vermeidung protektionistischer Maßnahmen nachkommen und eine ständige Anpassung ihrer Industrien an den noch bescheidenen Importanteil von Fertigwaren aus Entwicklungsländern ermutigen. Sie müssen insbesondere jene Anpassungen akzeptieren, die sich aus einem verstärkten Kapitalfluß in die Entwicklungsländer ergeben. Die Bundesrepublik hat auf diesem Gebiet eine sehr positive Haltung eingenommen und ich möchte dies hier anerkennend erwähnen.

Gleichzeitig ist es jedoch erforderlich, daß die Industriestaaten ihre Entwicklungshilfe massiv erhöhen und den führenden Industriekontinenten der Welt kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Wirtschaftliche Unsicherheit und Inflation sind heute die wesentlichen Hindernisse für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Um diese zu überkommen, ist es notwendig, einen neuen Rahmen zu schaffen, der Stabilität und die Möglichkeit bietet, künftige Entwicklungen vorauszusehen. Das im Jahr 1945 errichtete System, welches die Existenz der Entwicklungsländer nicht berücksichtigte, hat sich in den letzten Jahren als unwirksam erwiesen und muß durch eine neue

Regelung ersetzt werden. Diese müßte sich auf den Handels- ebenso wie auf den Währungs- und Finanzsektor erstrecken und den Entwicklungsländern ermöglichen, sowohl an den Entscheidungen als auch an der Verantwortung teilzuhaben. Der Privatwirtschaft fällt in diesem Prozeß eine wichtige Rolle zu. Was sie auszeichnet, ist Initiative und das Vermögen, sich jeweils sehr unterschiedlichen Bedingungen anzupassen. Es ist daher verständlich, daß die Vereinten Nationen der Rolle privater Investitionen in den Entwicklungsländern große Bedeutung zumessen. Unsere Bemühungen sind in diesem Zusammenhang darauf gerichtet, ein besseres Verständnis für die Rechte und Pflichten der Empfangsländer als auch der kapitalexportierenden Staaten sowie der individuellen Investoren zu schaffen. Die hierdurch erzielte Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens soll einen vermehrten Fluß von privatem Kapital und Technologie in die Entwicklungsländer erleichtern, wobei den jeweiligen Entwicklungsrioritäten der betreffenden Staaten Rechnung zu tragen wäre.

Meine Damen und Herren, natürlich braucht es Zeit und Geduld, um derart schwierige Fragen einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Andererseits löst man ein Problem nicht dadurch, daß man es ignoriert oder auf die lange Bank schiebt. Ohne die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet – und ich unterstreiche dies noch einmal mit aller Klarheit – muß die Hoffnung auf eine Stabilisierung der politischen Beziehungen zwischen den Staaten eine Illusion bleiben.

Wir sind uns alle der Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit bewußt, auch wenn es in dieser oder jener Frage abweichende Standpunkte gibt. Nur, die armen Länder können nicht mehr lange warten. Es fehlt ihnen oft an dem Notwendigsten. Sie haben Jahrzehnte gekämpft, damit die Charta der Vereinten Nationen auch für sie Gültigkeit bekommt. Die entwickelten Länder stehen im Vergleich dazu unter geringerem Druck. Aber auch sie geben zu, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht mehr den gestellten Anforderungen entspricht.

Der wahre Grund für die Schwierigkeiten in den Nord-Süd-Verhandlungen liegt auf dem Gebiet der politischen Willensbildung: Die Industriestaaten sind in ihren Vorstellungen noch zu sehr der Vergangenheit verhaftet und sie zögern vor dem großen Sprung. In der Dritten Welt wiederum ist man sich nicht immer der inneren Schwierigkeiten der Industriestaaten und der wahren Ursachen ihres Zögerns bewußt. Eine neue Wirtschaftsordnung kann nicht in einem Tag entstehen. Wenn es aber nicht zu echten Fortschritten kommt, bleibt nur die Konfrontation, die für alle Beteiligten auf lange Sicht katastrophale Auswirkungen hätte. Glücklicherweise ist man sich dieser Gefahr in zunehmendem Maße bewußt.

Der Nord-Süd-Dialog ist die große Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen uns ihr mit Mut und Entschlossenheit stellen. Nur so können wir der gesamten Menschheit ein Leben in Würde und Freiheit sichern.

